

Freie wissenschaftliche Arbeit
zur Erlangung
des Grades eines Diplom-Politologen
über das Thema

**Professionelle Lobby/Public-Affairs Agenturen:
Neue Formen der Interessenvertretung auf EU-Ebene**

eingereicht bei
Herrn Univ.-Prof. Dr. Siegfried Mielke
Otto-Suhr Institut
Freie Universität Berlin
von cand. rer. pol. Peter Husen
Matrikel-Nummer: 3196764
Adresse: Weichselstr. 14, 10247 Berlin
Tel.: 030-787 10 281
email: PeterHusen@web.de
Berlin, den 7.8.2002

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
1. Einleitung	1
1.1. Fragestellung	2
1.2. Vorgehensweise	4
1.3. These und Zielsetzung der Arbeit	6
1.4. Forschungsstand und Quellenlage	8
1.5. Begriffsdefinitionen	12
2. Rahmenbedingungen für Interessenvertretung auf EU-Ebene	16
2.1. Nationale Einwirkungsmöglichkeiten	16
2.2. Relevante institutionelle Ansatzpunkte auf EU-Ebene	18
2.2.1. Die Kommission	19
2.2.2. Das Europäische Parlament	22
2.2.3. Der Rat der Europäischen Union	23
2.2.4. Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen	24
2.3. Verhaltensmaßregeln gegenüber Lobbyisten und Public-Affairs Agenturen auf der Ebene der europäischen Institutionen	24
2.3.1. Schwierigkeiten bei der Implementierung von Akkreditierungsmaßnahmen	26
2.3.2. Gründung von Public-Affairs Dachverbänden	27
2.4. Interessenvertretung im Mehrebenensystem der EU	28
2.4.1. Mehrebenen-Lobbying durch Public-Affairs	28
2.4.2. Beispiel zur Veranschaulichung von Public-Affairs im Mehrebenensystem der EU	30
2.5. Ineffektives Lobbying bei den Institutionen der EU	31
2.6. Prozessuale Einwirkungsmöglichkeiten	32
2.6.1. Rechtsetzungsverfahren	32

2.6.2. Rechtshandlungen	35
3. Wettbewerbssituation auf dem Lobbymarkt der EU	36
3.1. Wirtschaftsverbände und die Herausforderung an eine traditionelle Interessenvertretung auf europäischer Ebene	37
3.2. Wettbewerb zwischen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen auf dem Feld der Interessenvertretung	40
3.2.1. Interessenvertretung durch strategische Bündnisse	43
3.3. Wettbewerb zwischen gemeinnützigen Interessengruppen und Unternehmen	44
3.3.1. Exemplarisches Verhalten in Krisensituationen	45
3.4. Praxisbezogene Darstellung des Ablaufs von Interessenvertretung bei den Institutionen der EU	46
4. Public-Affairs als Instrument der Interessenvertretung auf EU-Ebene	47
4.1. Interessensvertretungsrelevante Arbeitstechniken der Public-Affairs	50
4.1.1. Government Relations	51
4.1.2. Issues-Management	51
4.1.3. Monitoring	53
4.1.4. Public Relations	54
4.1.5. Coalition Building	55
4.2. Optimale Ansatzpunkte für Public-Affairs	56
4.3. Personenbezogene Kriterien im Tätigkeitsfeld Europäische Public-Affairs	58
4.3.1. Exkurs: Weiterbildungsmöglichkeiten für Interessenvertreter auf EU-Ebene	59
4.4. Kontaktaufnahme von Public-Affairs Agenturen mit Kunden im Betätigungsfeld Interessenvertretung auf EU-Ebene	60
4.5. Kontaktaufnahme mit den relevanten politischen Entscheidungsträgern	62
4.6. Kundenstruktur von Public-Affairs Agenturen	63

4.7.	Der Public-Affairs Markt auf EU-Ebene: Unabhängige Nischenspieler und globale Netzwerke	65
4.8.	Förderung von Public-Affairs Netzwerken durch die zunehmende europäische Integration	69
4.9.	Prognosen für den Public-Affairs Markt in der EU	70
5.	Versuch einer Evaluierung von Interessenvertretung	74
5.1.	Portfolio-Darstellung zur Bewertung der Kosten-Nutzen Relation von Interessenvertretung	75
6.	Ausblick: Interessenvertretung von Public-Affairs Agenturen bei den Institutionen der EU	78
	Literaturverzeichnis	82
	Anhang A	
	Anhang B	

Abkürzungsverzeichnis

ADR	Ausschuss der Regionen
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
COPA	Committee of Agricultural Organisations
ECMR	European Community Merger Regulation
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
ERT	European Round Table of Industrialists
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GD	Generaldirektion
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
NGO	Non-Governmental Organisation
PAP	Public Affairs Practitioners
POM	Public Opinion Management
PR	Public Relations
SEAP	Society of European Affairs Professionals
UNICE	Union of Industrial and Employers Confederations of Europe
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Umfassende Interessenvertretung durch Public-Affairs Agenturen	29
Abbildung 2:	Gründe für ineffektives Lobbying	31
Abbildung 3:	Exemplarisches Verhalten in Krisensituationen	45
Abbildung 4:	Praxisbezogene Darstellung des Ablaufs von Interessenvertretung bei den Institutionen der EU	46
Abbildung 5:	Die umsatzstärksten PR-Agenturen mit Schwerpunkt Public-Affairs in Brüssel	68
Abbildung 6:	Analyse und Kostenbewertung von Interessenvertretung	77

1. Einleitung

Nach Einschätzung der Europäischen Kommission sind bereits 80% aller nationalen Regelungen im Bereich des Wirtschaftsrechts durch die Europäische Union (EU) festgelegt. Insgesamt wurden mittlerweile 50% aller Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland von der EU initiiert.¹

Seit längerem gewinnen die Gesetzgebungsvollmachten der EU für die Mitgliedsstaaten zunehmend an Bedeutung. Vier Änderungen der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften sind bisher vereinbart worden, welche den Gestaltungsspielraum der EU stetig erweiterten: 1986 mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), 1992 im Maastrichter Vertrag, 1997 im Amsterdamer Vertrag und 2000 im Vertrag von Nizza (Ratifizierung steht noch aus).² Mit der EEA, welche 1987 in Kraft trat, wurden die EG-Verträge um neue Aufgabenbereiche erweitert und die Verwirklichung eines gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende 1992 beschlossen. Es wurde darin vereinbart, den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen allen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Zur Gewährleistung dieser sogenannten vier Grundfreiheiten mussten die nationalen Rechtsvorschriften der einzelnen Länder einander angeglichen werden. Hierfür unumgänglich waren erweiterte legislative Befugnisse des Europäischen Parlaments (EP) und eine partielle Abschaffung des nationalen Vetos im Ministerrat um die Entscheidungsstrukturen der Gemeinschaft zu verbessern.³

Aus dieser Einführung der qualifizierten Mehrheit in den Entscheidungsprozeß bestimmter Politikfelder und der Stärkung der gesetzgeberischen Kompetenzen der EU-Institutionen, insbesondere des Parlaments, resultierte ein starker Anstieg von Interessengruppen und Organisationen, welche sich der Mitgestaltung und Beeinflussung von EU-Politikentwürfen widmeten.⁴

Die Umstellung des Entscheidungsprozesses im EU-Ministerrat von der Einstimmigkeit auf qualifizierte Mehrheit in Fragen der Binnenmarktintegration in der EEA und der Verzicht auf das Ziel der vollständigen Harmonisierung von Rechtsvorschriften, technischen Standards

¹ List (1999, 117)

² Wenn im folgenden von der EU die Rede ist, bezieht sich dieser Begriff ebenso auf ihre Vorgängerorganisationen Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Euratom und Europäische Gemeinschaft (EG).

³ Van Schendelen (1993, 6)

⁴ Mazey / Richardson (1993, 191)

und Normen zugunsten ihrer gegenseitigen Anerkennung zwischen den Mitgliedsländern im Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes halfen, eine Phase der Stagnation der Integrationsbemühungen zu beenden und forcierten die Vollendung des Binnenmarktes. Der Maastrichter Vertrag von 1991 ebnete den Weg für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 1999. Die Beschränkung auf die Herstellung des Binnenmarktes durch den Abbau von Barrieren zugunsten des freien Wirtschaftsverkehrs und auf die stabilitätspolitische Absicherung der WWU trugen entscheidend zur Realisierung dieses ökonomischen Integrationsprojektes bei.⁵

Die Entwicklung zu einer immer stärker zusammenwachsenden EU ist auf lange Sicht noch nicht abgeschlossen und mit der dynamischen Veränderung und Weiterentwicklung der europäischen Idee hat sich auch das Selbstverständnis, die Art und Weise der Partizipation und der Partizipationsmöglichkeiten der politisch Handelnden und der gesellschaftlichen Gruppen geändert.

Aus dieser Dynamik sich ständig wandelnder Beteiligungsmöglichkeiten erklärt sich die Notwendigkeit einer adäquaten Interessenvertretung für gesellschaftliche Gruppierungen, ebenso wie für privatwirtschaftliche Unternehmen.

Insbesondere die enorme Gestaltungsmacht der EU-Institutionen im wirtschaftlichen Bereich berücksichtigend, soll diese Arbeit das Ziel verfolgen, das bisher wissenschaftlich wenig beachtete Feld der professionellen Interessenvertretung auf EU-Ebene zu erforschen. Schwerpunkt sind Beratungsunternehmen für Interessenvertretung und Lobbying bei den Institutionen der EU, welche speziell im Hinblick auf ihre Ansatzmöglichkeiten und die einzusetzenden Instrumente untersucht werden sollen.

1.1. Fragestellung

In folgender Aussage von Sam Rowe, der Direktorin von GPC International in Brüssel, wird eine Notwendigkeit deutlich, mit der sich viele Unternehmen und Interessengruppen jedweder Art auseinandersetzen müssen: “In many areas it is Brussels, not the national capitals that are forming policy. To ignore this is to potentially restrict a company’s potential to trade in Europe as it wished”⁶

⁵ *Münch (2000, 2)*

⁶ *Siehe Anhang A.1.12*